



THEMEN DER WOCHE

Mainz, 25. Juni 2021

Nr. 18/3

1. **Brandbekämpfung bei Elektrofahrzeugen**
2. **Windenergieanlagen im Bereich der POLYGONE**
3. **Instandsetzung und Ausbesserung der Deutschen Weinstraße**
4. **Verfassungsschutzbericht 2020**

1. **Brandbekämpfung bei Elektrofahrzeugen**

Große Anfrage der Fraktion der
AfD

- [Drs. 18/188](#) -

Die-Fraktion fragt die Landesregierung, wie die Brandbekämpfung bei Elektrofahrzeugen erfolgt und welche **Einsatzmittel** den Freiwilligen Feuerwehren (FFW) hierfür zur Verfügung stehen. Auch möchte die Fraktion wissen, ob die FFW in Bezug auf Einsatzkonzepte und Einsatzmittel einheitlich ausgestattet sind. Auch über Ausstattung und Vorgaben bei den Berufsfeuerwehren möchte die Fraktion Näheres erfahren.

Die Fraktion erkundigt sich außerdem ob und wie Brände von Elektrofahrzeugen bei der **Ausbildung der Feuerwehrleute** berücksichtigt werden.

2. **Windenergieanlagen im Bereich der POLYGONE**

Antwort der Landesregierung auf
eine Kleine Anfrage

- [Drs. 18/198](#) -

Bei Polygonen Stellungen (kurz: Polygone) handelt es sich um militärische Einrichtungen. Die Hauptaufgabe der Polygone liegt im **Schulen von Besatzungen militärischer Luftfahrzeuge** beim Gebrauch ihrer Ausrüstungen für die Elektronische Kampfführung. Das Übungsgebiet erstreckt sich grenzüberschreitend in Deutschland über Teile von Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie in Frankreich über Teile des Elsass und Lothringens. Die Einrichtung wird gemeinsam von den Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland, der französischen Armee sowie der United State Air Force betrieben.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass diese speziell eingerichteten **Flugübungsbereiche durch bauliche Anlagen** hinsichtlich des Verteidigungsauftrags der Bundesrepublik Deutschland oder des Einhaltens der Pflichten gegenüber Bündnispartnern **in keiner Weise**

beeinträchtigt werden dürfen. In der Regel ergingen insoweit **Bauhöhen- und Abstandsbeschränkungen.** Die Polygone hätten insgesamt nur einen kleinen Bruchteil der Landes- wie auch der Bundesfläche, sodass die Windenergienutzung hier gegenüber dem Verteidigungsauftrag zurückstehen müsse. Das Bundesverteidigungsministerium sehe daher beim Thema Polygone kaum Möglichkeiten, der Windenergienutzung entgegenzukommen. Soweit möglich und mit dem Schutzzweck vereinbar, würden in bestimmten Polygon-Regionen Anlagen im Einzelfall zugelassen.

3. Instandsetzung und Ausbesserung der Deutschen Weinstraße

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage
- [Drs. 18/210](#) -

Für die Instandsetzung und Erneuerung der Landesstraßen gelte das **Konzept des Landesbetriebs Mobilität (LBM)**, so die Landesregierung. Die Koordinierung der Baumaßnahmen sei Aufgabe der regionalen Dienststelle. In ihrer Antwort stellt die Landesregierung dar, welche Projekte der Deutschen Weinstraße im **aktuellen Investitionsplan Landesstraßen 2019 bis 2023** enthalten sind.

Federführend bei der **touristischen Attraktivierung der Deutschen Weinstraße** sei die Pfalz.Touristik e. V. als zuständige touristische Regionalagentur. Mit der landesweiten ReStart II Marketingkampagne zur Abfederung der negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie stelle das zuständige Ministerium den touristischen Regionalagenturen, also auch der Pfalz.Touristik, **zusätzliche Marketingmittel** von bis zu 60 000 Euro zur Verfügung. Darüber hinaus sei vorgesehen, die Deutsche Weinstraße auch im Rahmen der **Wirtschaftsstandortmarke RheinlandPfalz.Gold** als eines der touristischen Reisehighlights in Rheinland-Pfalz zu bewerben.

4. Verfassungsschutzbericht 2020

Bericht des Ministeriums des Innern und für Sport
- [Vorlage 18/93](#) -

Der Verfassungsschutzbericht 2020 informiert die Öffentlichkeit über **extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen** und über deren **aktuelle Entwicklungen.** Enthalten sind erstmals auch kurze Überblicke zu den wichtigsten Beobachtungsobjekten der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz.

Mit Besorgnis sei zur Kenntnis zu nehmen, dass sich im Windschatten der Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie eine **Protestszene aus Corona-Leugnern und Verschwörungstheoretikern bis hin zu Demokratiegegnern** gebildet habe, so der Minister in seinem Vorwort. Diese Protestszene habe auch keine Berührungspunkte zu Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“. Extremisten hätten sich, auch ohne das Protestgeschehen selbst zu vereinnahmen oder zu steuern, wirksam in Szene setzen und ihren Hass auf den demokratischen Verfassungsstaat und seine Regeln freien Lauf lassen können.

Außerhalb der Corona-Krise stellten zunehmend **„Fake-News“** – auch initiiert durch fremde Nachrichtendienste – Gefahren für die Innere Sicherheit dar. Hinzu kämen **intensivierte Cyberangriffe** auf systemrelevante Einrichtungen und nicht zuletzt die Covid-19-Forschung. Die Gefahr, die durch solche Cyberangriffe rheinland-pfälzischen Unternehmen, aber auch der Landesverwaltung drohe, dürfe nicht unterschätzt werden.

Auch unabhängig von der Corona-Krise forderte eine Reihe von extremistischen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes.

So halte die Bedrohung der Inneren Sicherheit durch den **Islamismus und den islamistischen Terrorismus** unvermindert an.

Zudem stieg die Zahl der **rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten** im Land zwischen 2019 und 2020 um rund 19 Prozent an. Die in der Gesamtzahl der Straftaten enthaltenen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten liege mit 54 im Jahr 2020 deutlich über dem zehnjährigen Mittel von 39. Hier sei ein hohes Maß an Aggressivität und Verachtung des Rechtsstaats zu beobachten. Das Internet sei längst zum wichtigsten Medium für Rechtsextremisten geworden. Rechtsextremistische Parteien konnten in Rheinland-Pfalz ihre

Anhängerschaft im Jahr 2020 nicht vergrößern. Während die NPD sogar Mitgliederverluste verzeichnete, stagnierten die Mitgliederzahlen der neonazistisch ausgerichteten Kleinparteien „Der III. Weg“ und „DIE RECHTE“. Ungeachtet des Mitgliederverlustes blieb die NPD jedoch die größte Gruppierung im rechtsextremistischen Parteienspektrum in Rheinland-Pfalz.

Bei den **linksextremistischen Bewegungen** sei die Radikalisierung der gewaltorientierten Szene in einigen Teilen des Bundesgebietes besorgniserregend. Rheinland-Pfalz sei im Ländervergleich allerdings nach wie vor kein Schwerpunkt gewaltorientierter Linksextremisten.

Das verbindende Element zwischen dem **„Reichsbürger“-Spektrum** und der sogenannten **Selbstverwalter-Szene** sei die fundamentale Ablehnung der Existenz oder Legitimität des Staates sowie der bestehenden Rechtsordnung. Die Szene werde weiterhin von Männer dominiert. Ihr Anteil am gesamten Personenpotenzial belaufe sich auf rund 70 Prozent. Das „Reichsbürger“-Potenzial sei bundes- wie landesweit 2020 weiter gewachsen. So stieg die Zahl der „Reichsbürger“ in Rheinland-Pfalz bis Ende 2020 auf nunmehr etwa 700 Personen an. „Reichsbürger“ hätten eine besondere Waffenaffinität. Daher werde in Rheinland-Pfalz alles unternommen, „Reichsbürgern“ die waffenrechtlichen Erlaubnisse zu entziehen und deren Waffen einzuziehen. Im Rahmen von Einzelfallprüfungen seien seit November 2016 mit Stichtag 31. Dezember 2020 bereits in 50 von insgesamt 73 Fällen waffenrechtliche Erlaubnisse bestandskräftig entzogen oder freiwillig abgegeben worden.

Die **antisemitischen Straftaten** sind von 50 im Jahr 2019 geringfügig auf 46 in 2020 gesunken. Die Zahl der registrierten Fälle liege jedoch deutlich über dem zehnjährigen Mittel von 35 Straftaten.

Die Fallzahlen der **Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger** in Rheinland-Pfalz stiegen in der Gesamtbetrachtung seit 2015 kontinuierlich an und

erreichten 2020 mit 82 Taten einen Höchststand. Dies stelle einen Anstieg gegenüber den 48 Taten im Jahr 2019 um ca. 71 Prozent dar.